



Dipl. Kfm. Norbert Rehm
Gründer und Sprecher der Bürgerbewegung
Stadtrat * Kreisrat * Regionalrat
Bischof-Fischer-Str. 94 – 73430 Aalen
Tel. 07361-64033 – Fax 64035 – rehm-consult@t-online.de

Donnerstag, 19. Dezember 2024

Bei der Belastung der Bürger ist jetzt das Ende der Fahnenstange erreicht!

GR-Sitzung am 19.12. 2024

Haushaltsrede

Norbert Rehm, AKTIVE BÜRGER

19.12.2024 zum Haushalt 2025 der Stadt Aalen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir beraten den Haushalt in einer schwierigen Zeit.

Und bei allen Maßnahmen gilt für die AKTIVEN BÜRGER seit der Gründung 2004:

Transparenz und die Bürger informieren.

Transparenz schafft Vertrauen.

Jetzt ist es so: Bei der Belastung der Bürger ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Viele Bürger unserer Stadt haben **am Ende des Geldes** noch ein Stück Monat vor sich. Dies müssen wir bei unseren Beschlüssen bedenken.

- Die Welt ist in Unordnung, Aalen hat sich **auch** auf den Weg gemacht.
- Der Landkreis macht Millionenverluste – weil Bund und Land bestellen – die Rechnung dafür aber nicht bezahlen.



- Die Stadt Aalen baut Mountainbikestrecken durch den Wald, lässt im Waldstadion singen.
- Der Personaletat explodiert und die Stadt unterhält 2 Mountainbikemanager.
Alles erinnert etwas an das alte Rom und an Brot und Spiele: Es gibt Essen und Unterhaltung – heute würde man sagen Events – um die Bevölkerung von den wahren Problemen der Politik abzuhalten.
- Früher haben Stadtwerke und Wohnungsbau mit Ihren Gewinnen den städtischen Haushalt finanziert. Rechtswidrig haben Rentschler und die Mehrheit hier auf die Gewinnausschüttung verzichtet. Die Wohnungsbau hat mit dem Gewinn dann eine große Kapitalanlage gekauft. Damals vermutlich mit den höchsten Mieten. Gleichzeitig beklagen viele mit Tränen in den Augen, dass wir so wenige Sozialwohnungen haben.
- Neue Mitglieder im Gremium stellen fest: mit großer Freude hier etwas Großes zu bewegen gibt es wohl nicht viel. Es sieht hier nach der Verwaltung von Mängeln aus. Das wissen nur noch nicht alle.

Wenn dann einer, der als Störenfried identifiziert ist, nachfragt und Stellung bezieht - erhält er keine Antwort. Stadträte wachen plötzlich auf und wollen heim – er ist schuld an der langen Sitzung.

- Zwischendurch bescheren uns die Stadtwerke noch schnell ein weiteres **Alleinstellungsmerkmal**: Aalen ist die einzige Stadt in Deutschland die zum 3. Male hintereinander eine **Stadtwerkedirektor fristlos entlässt**. Sein Vertrag wurde aber kurz zuvor noch vorzeitig um 5 Jahre verlängert.
- Und viele stellen sich die Frage: **wie viele Amtszeiten** hält so ein Oberbürgermeister in Aalen durch? Die Antwort lautet: Nach der Ära Pfeifle bisher halt jeweils so **einen fristlos entlassenen Stadtwerkedirektor lang**. Wollen wir nichts beschwören.

- Hier muss man anmerken: Man kann Fehler machen – und man kann daraus lernen. Macht man die gleichen Fehler 3-mal – muss man sich mal **Gedanken** machen. Finden sich ehrenamtliche Aufsichtsräte dabei noch sehr gut und halten noch gescheite Reden – braucht man vielleicht eine Auswechslung.

Wir sind bei der Frage der Sachkunde und Eignung für die Posten von Aufsichtsräten und Gutachterausschüssen. In diesem Saal **entscheidet nicht die Sachkunde, sondern die Mehrheit. Da sind sich alle einig: ob SPD oder AfD.**

Zufällig bin ich jetzt seit 3 Sitzungen im Aufsichtsrat Stadtwerke.

Erschreckend, **welche Sachkunde** man dort entdeckt. Ich verstehe jetzt, warum die meisten hier wollen, dass alles geheim bleibt.

Und ich offenbare jetzt etwas, was nicht geheim bleibt: wahrscheinlich stehe ich vor einer Auszeit von ein paar Wochen. **Wenn ich da Zeit habe werde ich die Wahlen zum Gutachterausschuss und zu den Aufsichtsräten anfechten. Wegen fehlender Sachkunde im Einzelfall. Im Zweifel muss das dann das Verwaltungsgericht klären.**

- Manche Menschen erzählen, dass in Deutschland nunmehr das Geld abgeschafft wird. Nun, das kann sein. Ich treffe schon immer mehr Leute – die haben schon keines mehr. Die Stadt und der Landkreis sind auch solche Kandidaten.
- Der einzige Lichtblick aktuell ist: die Bundesregierung erkennt, dass sie gescheitert ist. Es gibt einen Hoffnungsschimmer.

Doch wir sind für unsere Stadt verantwortlich, wie gehen wir mit der Situation bei uns um? Hier stehen keine Neuwahlen an **und zurücktreten will auch noch niemand.**

Die Stadt Aalen erhält ja immer wieder viele Urkunden und Auszeichnungen. In diesem und im nächsten Jahr kommen viele Alleinstellungsmerkmale hinzu.

Ich bin jetzt über 55 Jahre in der Aalener Kommunalpolitik aktiv. Haushaltsplanberatungen sind das Highlight in der Kommunalpolitik.



Ich habe auch schon viele Beschlüsse beim RP überprüfen lassen. Herr Fleischer und sein Tandempartner Rentschler haben mich dafür oft verleumdet.

In diesem Jahr ist mir **der OB zuvorgekommen**: Er hat den Haushalt noch bevor er ihn eingebracht hat dem RP vorgelegt und die haben offensichtlich **mit dem Kopf in die falsche Richtung gewackelt**. Die Einbringung wurde verschoben und ein neuer Haushalt aufgestellt. Ergebnis: der Haushalt ist **wieder nicht genehmigungsfähig** – nur wird es diesmal nicht gesagt.

Was ist das **1. Alleinstellungsmerkmal**? Die Verwaltung legt **erstmal** bewusst einen nicht genehmigungsfähigen Haushalt zur Beschlussfassung vor.

Allerdings mit dem Hinweis: Man müsse da viel streichen – bis das RP gnädig sein wird. Ich habe bei meiner Haushaltsrede im Kreistag **Szenenapplaus bekommen**, als ich die **Abschaffung der Regierungspräsidien** ins Spiel gebracht habe. Viele Bürgermeister im Kreis finden das gut – vielleicht wollen Sie sich der Initiative anschließen – Herr Brütting. **Kostet uns nichts und bringt viel**.

2. Alleinstellungsmerkmal: die mittelfristige Finanzplanung. Obwohl gesetzliche Vorschrift: die beraten wir später. **Dabei ist die MifriFi eigentlich das wichtigste Planungsinstrument**. Was nützt es, wenn wir heute **fröhlich Geld ausgeben und morgen Schicht im Schacht ist**? Das fragen Sie mal die viel gerühmte schwäbische Hausfrau.

Für meine Begriffe alles etwas, was gar nicht geht.

Wir müssen natürlich in die Zukunft schauen – aber ist jetzt an unserer Situation Corona schuld, Trump, die Ukraine? Nein. Die ganze Entwicklung ist offen, sichtbar, vom RP jedes Jahr in die Haushaltserlasse geschrieben:

Es hat sich abgezeichnet, **dass im Jahr 2025 die Situation in Aalen eskaliert**. Das RP hat es mitgeteilt, den Gemeinderat hat es nie interessiert, die jeweiligen OBs haben das Thema unter ferner liefen behandelt. Ich habe die Erlasse dabei..... nur ein paar Halbsätze daraus – zur Er-



bauung:

Beispiele:

Satzung 2020

...ein gegenüber dem Vorjahr deutlich reduziertes ordentliches Ergebnis

.... Der Bestand an **liquiden Mitteln** ist auf einem **nicht ganz auskömmlichen Niveau**

.....durch die Entnahmen bis 2023 wird die Mindestliquidität deutlich unterschritten

...die Verschuldung verdoppelt sich in diesem Jahr.

Die Satzung 2021

.... Hinweise auf die **Bürgschaften zugunsten der Stadtwerke**, hier mit 28 Mio. und gleichzeitig

der mehrjährige Verzicht auf die Gewinnausschüttungen.

Dann fasst der Gemeinderat was? Natürlich den gleichen Beschluss. Gut jetzt kein Problem mehr – denn wo nichts ist, braucht man nichts holen – und jetzt müssen wir auch noch was bringen. Und Bürgschaft übernehmen – für mittlerweile 40 Mio.

...dann: die Mindestliquidität wird unterschritten.

....Notwendig sei: Prioritäten in der Finanzplanung, Beachtung der Folgekosten und Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen.

2022

...negatives Ergebnis mit 14,3 Mio.

Susanne Bay schreibt an OB Brütting: - hier muss man **allerdings anmerken** – Brütting war der Empfänger des Briefes – angerichtet **haben das noch sein Hoheit Turbo** -

der Haushalt 2022 ist geprägt von einem **schwachen Ergebnishaushalt**

...und dann wörtlich:

Das Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit ist nicht erreicht.

Ich will die Frage an die **Jugend weitergeben**: – ich weiß nicht, ob der Jugendgemeinderat sich für so was interessiert: da hilft ein Stadtstrand statt notwendiger Parkplätze nicht - und Sitzmöbel bei der Sparkasse auch nicht, auch keine Mountainbikestrecke und das heizen durch den Wald. Da ist halt die **Zukunft selbst und insgesamt in Gefahr. Eigentlich**



müssten das selbst die Grünen als nicht nachhaltig empfinden.

2023

...da hofft die Stadt auf die Steigerung der Steuereinnahmen – allerdings die **Ausgaben steigen noch mehr. Dumm gelaufen.**

...zudem steigen die Investitionen nochmal um 1/3

...die Schulden steigen auf 114 Mio.

...die mittelfristige Finanzplanung ist durchgängig unterfinanziert.

2025 wird die Stadt keine Eigenmittel mehr haben.

Das RP fordert klare Priorisierung auf Pflichtaufgaben unter Beachtung der Folgekosten.

Die Gesetzmäßigkeit wird 2025/2026 stark gefährdet.

Die Schulden und die Liquiditätsentwicklung werden äußerst kritisch beobachtet.

Wer hat denn da vom Gemeinderat **reagiert? Niemand** – nur Frau Birkhold - und ich halt.

Ich habe gesagt: ...die stärkste Kritik aus dem RP am Haushalt der Stadt die ich je gehört habe. **Siehe Anlage 1.**

Als ich für diese Haushaltsrede meine **Gedanken über die letzten Jahrzehnte in diesem Rathaus habe schweifen lassen** ist mir mehrfach meine Schulzeit eingefallen – hier an dieser Stelle: die Alte Gewerbeschule (eigentlich bin ich hier schon weit über 60 Jahre zu Hause..) oder das Gaulbad– und dann aber doch Shakespeare: **Das ist der Fluch der Zeit. Verrückte führen Blinde.**

Zeitweise konnte man auch das meinen.

Strukturreform

Ich habe deshalb immer wieder gesagt: wir brauchen eine Haushaltstrukturkommission. Wir müssen den Haushalt grundsätzlich auf neue Füße stellen.

Für die besser Informierten verweise ich auf meine Hinweise im Ältestenrat.

Für die anderen muss ich sagen – alles geheim und wenn ich mich verplappern würde – hätte Herr Fleischer einen Grund, was Wichtiges zu sagen.



Deshalb fange ich halt nochmals von vorne an:

1. **Antrag:** Wir beantragen eine Haushaltstrukturkommission. Hauptaufgabe: Vorschläge erarbeiten, für die Beseitigung struktureller Defizite. Dazu muss die Verwaltung alle Haushaltspositionen vorlegen,
 - a) Die keine Pflichtaufgaben, sondern reine Freiwilligkeitsleistungen sind.
 - b) Förderprogramme aufzeigen, die wir beanspruchen und mit befristeten Zuschüssen versehen sind und weitere Kosten bedeuten, wenn die Programme auslaufen.

Hier mal vielleicht nebenbei gesagt: Weil viele so geil auf Zuschüsse von Land und Bund sind. Dieses Geld fällt auch nicht vom Himmel oder aus der Lostrommel. Zahlen müssen das auch die Bürger – nur eben aus der anderen Hosentasche.

Personaletat

Ein riesiger Posten und überproportional stark gewachsen ist der Personaletat. Hier ist ausdrücklich nicht die Personalmehrung im Bereich der Kindergärten, und Schule und Bildung gemeint.

Sondern: eine **Aufgabenkritik ist notwendig**. Wir unterstellen, dass alle Mitarbeiter des Konzerns Stadt gute Arbeit leisten, manche sogar sehr gute.

2. **Antrag:** Der gesamte Stellenplan muss für jede Organisationseinheit neu beraten und untersucht werden auf Leistung als Pflichtaufgabe und die Frage, ob und evtl. wie organisatorische Verbesserungen möglich sind. Festlegung von Prioritäten.

Verantwortliches Handeln.

Eigentlich könnte ich es mir einfach machen -ich könnte einfach mal einige alte Haushaltsreden vorlesen. Da hätte ich mir selbst etwas von meiner kostbaren restlichen Lebenszeit gespart. Ich befürchte allerdings, dass das die meisten ebenfalls nicht interessiert – insbesondere die, die schon berufsmäßig alles besser wissen.

Viele finden ja einfache Lösungen: Sie kommen auf die Einnahmeseite und schreien Steuern hoch. Landeszuweisungen oder Bundessteuern- - kon-

junkturrell sei das gerade nicht so gut. Da müssen wir auf die eigenen Steuern zurückgreifen: Pferdesteuer haben wir nicht, die Hundesteuer ärgert zwar den Besitzer – macht aber den Bock nicht fett.

Viele kommen da gleich auf die Grundsteuer und die Gewerbesteuer. Da tut man sich leicht, wenn man es nicht gelernt hat: In einem Abschwung, konjunkturrell in einer Schwächephase sind Steuererhöhungen Gift. Und von Übel. Also weg mit der Giftspritze. Übrigens: Die höhere Grundsteuer wird auf den Mieter umgelegt. Die höhere Gewerbesteuer kostet Arbeitsplätze.

Prioritäten festlegen

Ich sage es seit Jahrzehnten, halt nochmals jetzt: und das ist unser

3. **Antrag:** Wir müssen jetzt die Prioritäten für künftige Maßnahmen festlegen. Die Verwaltung muss alle Investitionen auflisten – mit Kosten und dem Stand der Planung, den Maßnahmen, die noch bis zu einem Beginn notwendig sind.
 - a) Wir beantragen – wenn wir mal über neue kommunale Investitionen nachdenken als
 - Priorität 1: Thermalbad
 - Priorität 2 : Eisbahn mit dem Sportvereinszentrum.
 - b) Folgekosten:

Obwohl es gesetzliche Vorschrift ist: eingehalten wird die in Aalen auch nicht. **Es müssen für jede Investition die Folgekosten dargelegt werden.** Die Information zur möglichen Finanzierung dieser Folgekosten gehört natürlich dazu.

Nur einige Beispiele, was nicht mehr geht:

Es geht um manche großen Dinge, auch viele kleinere Beträge:

- Der Steg: Von 3 Mio. auf 13 Mio. bis zur Abrechnung halt. Mit der Faust in der Tasche haben dann immer wieder viele Gemeinderäte –

aber letztmalig – zugestimmt. Und dies sehr viele Male. Machen Sie mal eine Umfrage – vielleicht mal was für die Zeitung oder den Kindergeburtstag. Was ist wichtiger für Aalen:

Für 13 Mio. der Steg – oder für diesen Betrag eine Eishalle?

Zum Steg noch eine **kleine Anekdote**: mit Verweis auf eine Videositzung wegen Corona am 14.4.2021. Ich habe dabei unwidersprochen erklärt: Dieser Steg ist gar nicht beschlossen. Beschlossen war ein Steg – und die Ausschreibung dafür wurde von der Vergabekammer wieder aufgehoben. U. a. war der gar nicht finanziert. Und jetzt kostet der Steg noch mehr als die 10 Mio. – die seinerzeit zu hoch und nicht finanziert waren. Ein neuer Beschluss wurde gar nicht gefasst.

Gut – besser wusste es wie so oft der Kollege **Schludi**. Der sagte Corona sei schuld und man könne da nichts machen. Und natürlich. Ich würde es nicht begreifen.

- Müssen wir **steckerfertige Balkonkraftwerke** subventionieren? Und die Stadtwerke können den Strom nicht abnehmen. Und die Kosten der Bearbeitung sind bald so hoch wie der Förderbetrag selbst?
- Oder müssen wir für **Eigentümer von Häusern Bäume** stiften?
- Der viel gescholtene **Landrat hat übrigens eine Giftliste vorgelegt** – das hat sich der OB nicht getraut. Wobei die Giftliste aus dem Kreis die Stadt Aalen zusätzlich ganz hart trifft:
 - Z. B. die **Buslinie Thermalbad** oder **Kombibad**.
 - Und die **Kreisumlage selbst** – das ist natürlich ein Hammer. Wobei die auch noch hätte höher sein können.

 - Ein Hammer ist aber auch, dass der OB den Haushalt mit einer Kreisumlage einbringt, die vermutlich aus dem **Märchenbuch** stammt.

Meine Anträge auf Haushaltsstrukturkommission haben Sie abgelehnt, die Verwaltung legt auch nichts vor.

Was machen wir nun? Lassen wir es laufen – wie immer bei den

Stadtwerken. Oder greifen wir ein?

Ich habe das Gefühl, dass hier im Ratssaal sehr viele Menschen so Handeln, als gäbe es kein Morgen.

Wenn ich von Prioritäten rede – dann macht es keinen Sinn, mit und wegen der kleinen Summen Streit anzufangen.

In der Vergangenheit habe ich mich oft kritisch mit dem Thema Stadtwerke auseinandergesetzt.

Heute sagen über die Situation dort sehr viele – ja – wir haben es schon immer gewusst... Das stimmt aber natürlich auch nicht.

Richtig wäre es mit Sokrates zu sprechen. Wir wissen, dass wir nichts wissen.

Ja – jetzt sind wir bei den Stadtwerken. Und da darf man nicht drüber reden.

Aber über etwas darf ich reden – weil ich schon Jahrzehnte die Frage stelle: wer trägt eigentlich die Verantwortung?

Und einen Punkt darf ich nennen – weil der in öffentlicher Sitzung behandelt wurde - die vorzeitige Vertragsverlängerung.

Vorzeitig hat der alte Aufsichtsrat den Vertrag mit dem fristlos entlassenen GF verlängert – bis März 2029 – Da haben Sie ihre Kompetenzen überschritten.

Weil Sie den Glauben an Tatsachen, die ich hier nenne, durch kollektive Ablehnung in eine eigene Wahrnehmung umdeuten lege ich der Rede einige Protokollauszüge als Anlage bei:

Anlage 2: zur vorzeitigen Vertragsverlängerung des Geschäftsführers

Anlage 3: zur Bitte um einen Bericht aus dem Aufsichtsrat der Stadtwerke – der dazu führte, dass Kollege Wagenblast einen plötzlichen Termin auf dem Landratsamt hatte und die Sitzung verlassen musste: Keine Zeit für den Bericht.

Anlage 4: 2 Presseberichte dazu. Wobei mein Dank der Presse gilt – ohne Zeitung hätte mal zumindest in der Vergangenheit ein Gemeinderat so einfach mal nichts gewusst.

In den Protokollen steht geschrieben, mit welchen Begründungen der AR eine vorzeitige Vertragsverlängerung gemacht hat. Die Frage wird sein, **ob irgendeine der Begründungen stimmt.**

Mir geht es aber – es ist ja immerhin die 3 fristlose Kündigung hintereinander – um die Frage was wir daraus lernen, wer versteht das, über was er entscheidet. In der freien Wirtschaft wird nach dem 3. Wiederholungsfall nicht **nur der Geschäftsführer ausgetauscht, sondern auch der Aufsichtsrat.**

Kollege Albrecht wird zitiert, dass die Geschäftsordnung dem Aufsichtsrat das Recht gibt, den Vertrag zu verlängern. Ich sage: es gilt aber der Gesellschaftsvertrag und das GmbH-Gesetz.

Gut – sie haben das Recht für sich reklamiert – **dann tragen Sie auch die Verantwortung.**

Hoffen wir, dass es diesmal weniger kostet als das letzte und vorletzte Mal.

Das Geld ist halt weg – und das Problem immer von neuem da.

Was nun die Summen angeht und die Risiken – liegen die Schwerpunkte und Probleme dieses Haushalts bei den Stadtwerken. Deshalb macht es für mich auch hier keinen Sinn, mit Kleinbeträgen Übungen zu veranstalten.

Allerdings: wir müssen **uns ehrlich machen** – was unsere Beschlüsse **tatsächlich** kosten:

- So eine Skateranlage kostet nicht 38.000 €. Tatsächlich kommt das Grundstück hinzu, die Kosten und der Abriss der Häuser, die man da gekauft hat, die Planung, die Gutachten.
- Beim Steg kommen die Stegplätze hinzu: mehrere Hunderttausend €. Plus Grundstück.
- Beim Kulturbahnhof kommen die wegbeschissenen 130 Stellplätze hinzu. Wenn man das nur mit Kosten von 30.000 € im Parkhaus ansetzt fehlen den Stadtwerken da zwischen 3 und 4 Mio.



- Beim Kombibad kommen noch die Parkplätze dazu: mehrere Hunderttausend €.

Merke: wer sich selbst bescheißt ist dadurch auch nicht klug geworden.

Zum Schluss noch was Positives:

Bei den Stadtwerken wird es besser. Zumindest wird es immer mal wieder neue Erkenntnisse geben. Und die Hoffnung stirbt zuletzt.

Ich komme an den Anfang zurück: Aufgabenkritik und Politik nach Prioritäten ist angesagt.

Nice to have ist vorbei.

It's over now!

Vielen Dank, denen, die mir zugehört haben!

Norbert Rehm

Gründer und Sprecher der
Bürgerbewegung AKTIVE BÜRGER
Handy 01717703288 mit Anrufbeantworter

Anlagen:

Erfahrungsgemäß werden im Aalener Gemeinderat Tatsachen bestritten und Vorlagen abgenickt. Anträge und Forderungen sind schon deshalb falsch, weil die von mir kommen. Deshalb werden einige Beweise dem Protokoll angefügt – wie im Text erwähnt.

Die Anträge sind ebenfalls im Text aufgeführt. Auf eine separate Anfügung wird verzichtet, da die Anträge sowieso abgelehnt werden.

GR 20.4.23

öffentlich

Verschiedenes: Vorzeitige Verlängerung des Vertrags des Geschäftsführers der Stadtwerke Aalen GmbH

Stadtrat Rehm verweist auf seine Ausführungen vor Eintritt in die Tagesordnung. Er habe den Hinweis gegeben, dass in der Zeitung stehe, dass der Vertrag des Geschäftsführers der Stadtwerke vom Aufsichtsrat der Stadtwerke vorzeitig um fünf Jahre verlängert worden sei. Nachdem der Oberbürgermeister als Vorsitzender nicht anwesend sei, habe er um einen Bericht von dessen Stellvertreter, Herrn Wagenblast, gebeten. Die Stadt sei Alleingesellschafter, die Gesellschafterversammlung habe als Aufgabe die Bestellung des Geschäftsführers, der Geschäftsführer sei vor viereinhalb Jahren von der Gesellschafterversammlung für fünf Jahre bestellt worden. Dies könne der Aufsichtsrat, der nachgeordnet sei, nicht verlängern. Der Gemeinderat als höchstes Organ der Stadt habe sowohl das Recht als auch die Pflicht diese Personalentscheidung zu treffen, insbesondere angesichts der Tatsache, dass in jüngster Zeit zwei Bürgerschaften für die Stadtwerke abgegeben worden seien. Außerdem seien mit einer Eilentscheidung die künftigen Zuschüsse für das Kornbibad vorab ausbezahlt worden. Es sei eine Unverschämtheit, den Hauptgesellschafter, das Hauptorgan der Stadt, über die Zeitung zu informieren und diesen seiner Rechte zu berauben. Außerdem habe er einen schriftlichen Bericht des Aufsichtsratsvorsitzenden beantragt, wie dieser dazu komme, mit dem Aufsichtsrat über den Gemeinderat in dieser wichtigsten Personalentscheidung nach der Beigeordnetenwahl hinweg zu gehen.

Erster Bürgermeister Steidle macht darauf aufmerksam, Herr Wagenblast hat die Sitzung aufgrund eines anderen Termins bereits verlassen. Der Antrag auf einen Bericht sei angekommen und werde protokolliert. Der Oberbürgermeister werde nach dessen Elternzeit ab Mai entsprechende Informationen liefern.

Bürgermeister Ehrmann stellt klar, für einen formellen Antrag, einen Tagesordnungspunkt spätestens auf die Tagesordnung der übernächsten Sitzung zu bringen, benötige Herr Rehm ein Quorum von einem Sechstel der Mitglieder des Gemeinderats. Der „Antrag“ von Herrn Rehm werde als Anregung aufgenommen.

Stadtrat Rehm erwidert, er werde dann eine schriftliche Anfrage machen, die nach der Gemeindeordnung schriftlich beantwortet werden müsse.

Stadträtin Birkhold merkt an, es liege im Interesse des Gremiums, rechtssichere Beschlüsse zu fassen. Sie regt an, das für die Innenrevision der Stadtwerke zuständige Rechnungsprüfungsamt mit der Prüfung zu beauftragen, ob die Verlängerung durch den Aufsichtsrat in dieser Form rechtmäßig sei. Sie meine nein, das GmbH-Gesetz sage, die Gesellschafterversammlung sei zuständig.

Stadtrat Albrecht legt dar, die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats der Stadtwerke Aalen sehe vor, dass die Verlängerung eines bestehenden Vertrages und die Höhe des Gehalts eines Geschäftsführers vom Aufsichtsrat der Stadtwerke zu erledigen sei.

Stadtrat Rehm entgegnet, die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats interessiere die Gesellschafterversammlung nicht. Der Gemeinderat habe als Gesellschafterversammlung bei der Einstellung des Geschäftsführers einen Beschluss gefasst, dass die Einstellung befristet sei. Über diesen Beschluss komme nur der Gemeinderat hinweg, alles andere sei eine Frage des Anstandes und der demokratischen Mitwirkung.

Der Kollege Albrecht habe richtigerweise auf den Ablauf verwiesen, äußert Stadtrat Hamm. Im Vorgriff eines Jahres habe der Aufsichtsrat darüber beraten, ob eine Verlängerung des Vertrages erfolge. Die Verlängerung erfolge erst nach Ablauf der Befristung, insofern sei noch kein Schaden entstanden. Er gebe Herrn Rehm Recht, dass geprüft werden müsse, ob nicht zuerst der Gesellschafter, der Gemeinderat hätte informiert werden müssen und danach die Presse bzw. Öffentlichkeit. Er schlage vor, dies intern zu klären, damit kein Schaden für die Person entstehe, die mit dem ganzen Vorgang nichts zu tun habe.

Stadtrat Rehm betont, es habe mit der Person nichts zu tun. Es sei auch korrekt, wenn der Aufsichtsrat darüber berate und Empfehlungen abgebe. Es gebe aber eine Pressemitteilung der Stadt, dass der Vertrag vorzeitig verlängert worden sei.

Anlage 2

Anlage 3

GR 20.4.23

Vor Eintritt in die öffentliche Tagesordnung

(Ab 15.15 Uhr mit Stadtrat Köble)

Stadtrat Rehm beantragt, TOP 21, Abberufung und Berufung von Mitgliedern des Stiftungsrates des Jugendwerks Aalen, abzusetzen. In den letzten 10 Jahren seien beim Jugendwerke Beschlüsse gefasst worden, die zum großen Teil nichtig seien. Jetzt seien Reparaturbeschlüsse gefasst worden, die ebenfalls nichtig seien. Heute solle ein neues Mitglied in den Stiftungsrat gewählt werden. § 6 Abs. 4 der Satzung besage, dass diese Wahl erfolgen müsse durch Vorschlag der Hochschule. Dies sei nicht erfolgt. Es gebe noch viele andere Gründe, es könne kein rechtsgültiger Beschluss gefasst werden.

Erster Bürgermeister Steidle erwidert, aus seiner Sicht werde der TOP aufrechterhalten. Es gehe darum, sinnvollerweise Herrn Rektor Riegel in den Stiftungsrat zu berufen.

Stadtrat Lorenz verweist auf die einstimmige Empfehlung des Stiftungsrats. Der Sachverhalt sei rechtlich geprüft.

Der Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Rehm wird bei 5 Stimmen dafür und 5 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Stadtrat Rehm bringt vor, auch mit einstimmigen Beschlüssen könne die Satzung eines anderen Stiftungsunternehmens nicht ausgehebelt werden. Was hier gemacht werde, sei rechtswidrig.

Er führt weiter aus, er habe der Zeitung entnommen, dass die Tätigkeit des Stadtwerkedirektors vorzeitig um weitere fünf Jahre verlängert worden sei. Er beantragt einen Bericht unter TOP Verschiedenes, wie das Ganze gelaufen sei. Der Oberbürgermeister als Vorsitzender sei nicht anwesend, aber sein Stellvertreter. Außerdem beantragt er einen schriftlichen Bericht des Aufsichtsratsvorsitzenden, wie es habe sein können, dass der Stadtwerkedirektor seither immer öffentlich im Gemeinderat vorzeitig verlängert oder anschließend vorzeitig fristlos entlassen worden sei und jetzt aus der Zeitung zu lesen sei, dass dies im Aufsichtsrat gemacht worden sei. Er betrachte dies als größtliche Missachtung des Gemeinderats. Es handle sich um die zweitwichtigste Personalentscheidung der Stadt, die der Gemeinderat neben der Beigeordnetenwahl zu treffen habe. Die Situation der Stadtwerke sei mittlerweile so, dass schon Bürgschaften und vorzeitige Zahlungen beantragt worden seien, damit die Stadtwerke vom Hauptgesellschaftler Gemeinderat gestützt würden. Damit dieser nicht nur gelegentlich etwas aus der Zeitung lesen könne, stelle er seine zwei Anträge.

Erster Bürgermeister Steidle entgegnet, es könne unter Sonstiges diskutiert werden.

Vertrag von Stadtwerke–Chef Trautmann vorzeitig verlängert - Aalener Nachrichten



Christoph Trautmann bleibt an der Spitze der Stadtwerke Aalen. Der Aufsichtsrat hat seinen Vertrag vorzeitig bis Ende März 2029 verlängert. Der Aufsichtsrat unterstreicht sein Vertrauen in den Geschäftsführer, die Stadt lobt dessen bisherige Arbeit. Neuer Vertrag läuft bis Ende März 2029. - Veröffentlicht: 04.04.2023,

Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Aalen hat in seiner jüngsten Sitzung einstimmig beschlossen, den Vertrag von Geschäftsführer Christoph Trautmann vorzeitig um fünf Jahre zu verlängern. Der neue Vertrag hat eine Laufzeit bis 31. März 2029. Trautmann ist seit April 2019 Geschäftsführer der Stadtwerke Aalen. Trautmann habe die Stadtwerke Aalen seitdem stabil durch die Corona–Pandemie sowie durch die aktuelle Energiekrise geführt und wichtige Weichenstellungen für die ökonomische und ökologische Zukunft der Stadtwerke initiiert, heißt es in einer Mitteilung der Stadt. So sei in seiner bisherigen Amtszeit die Strombelieferung von Privat– und Gewerbekunden auf Ökostrom umgestellt worden. Auch die Sanierung des Freibads Spiesel in Wasseralfingen und der geordnete Baubeginn des Kombibads im Hirschbach fielen in seine bisherige Amtszeit. „Mit der vorzeitigen Vertragsverlängerung sorgt das Gremium für Kontinuität in der Geschäftsführung der Stadtwerke und der guten Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung“, heißt es weiter. Gerade im Hinblick auf die anstehenden Großprojekte und die Energiewende sei dies besonders wichtig. „Unter der Führung von Christoph Trautmann sehen wir unser städtisches Tochterunternehmen auf gutem Kurs für eine nachhaltige und klimagerechte Energieversorgung“, schreibt die Stadtverwaltung.

Stadtwerke: Ist die Vertragsverlängerung des Chefs rechters?

Stand: 21.04.2023, Schwäbische Post - [Bea Wiese](#)



K Stadtwerke-Chef Christoph Trautmann © CHRISTOPH VOHLER

Gemeinderat Norbert Rehm prangert Verfahrensfehler an. Warum er den ganzen Vorgang juristisch für fragwürdig hält.

Aalen. Der Vertrag von [Stadtwerke-Geschäftsführer Christoph Trautmann](#) ist vorzeitig um fünf Jahre verlängert worden. Diese Nachricht ist drei Wochen alt und sorgte doch für frischen Streit in der jüngsten Gemeinderatssitzung. Norbert Rehm (Aktive Bürger) meldete sich unter „Verschiedenes“ und behauptete: Die Vertragsverlängerung ist nicht rechtmäßig.

Stein des Anstoßes ist für Rehm nicht die längere Laufzeit des Vertrages, sondern das Verfahren: Die Stadt sei zu einhundert Prozent Gesellschafter der Stadtwerke. Deshalb habe der Gesellschafter – und nur dieser - die Aufgabe, den Geschäftsführer zu bestellen. Rehm: „Der Aufsichtsrat kann nicht verlängern, das muss der Gesellschafter tun.“ Als Organ des Gesellschafters sieht er hier den Gemeinderat in der Pflicht. Der Aufsichtsrat könne nur Empfehlungen abgeben.

Claus Albrecht (Freie Wähler) sah das anders. Zur Begründung zog er die Geschäftsordnung des Aufsichtsrates der Stadtwerke heran. Als dessen Aufgaben seien da unter anderem Vertragsverlängerungen und Vergütungen des Geschäftsführers definiert. Rehm geriet immer mehr in Rage: „Die Gesellschafterversammlung steht da drüber.“ Schließlich habe der Gemeinderat seinerzeit den Stadtwerke-Geschäftsführer auch gewählt und mit dem befristeten Vertrag ausgestattet. Rehm: „Es ist eine Unverschämtheit, das Organ des Hauptgesellschafters, also den Gemeinderat, zu übergehen!“